



Strukturreform der Polizei

Von Rüdiger Seidenspinner, GdP-Landesvorsitzender

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zurzeit ist die Diskussion über eine neue Struktur der Polizei in vollem Gange. Es werden mal wieder die üblichen Klischees bedient und Schubladen gezogen.

Es wird von „Kündigung“ geredet und es werden teilweise unsachliche Argumente ins Feld geführt. Es entstehen Ängste, bei denen die von dieser Reform vielleicht betroffen sind, oftmals geschürt von denen, die angeblich etwas verlieren. Die Politiker spielen ihre Spielchen, Opposition gegen Regierung, und viele wissen eigentlich gar nicht genau, was eigentlich Sache ist.

Da helfen dann auch ältere Papiere aus dem Jahre 2005 nicht weiter

Man kann die GdP kritisieren, aber wir haben eine Linie und die orientiert sich an bestimmten Grundzügen, die ich hier nochmals darlegen möchte.

1. Die Organisationsuntersuchung und -straffung wäre sowieso gekommen
 - a. weil die Politik, zumindest die neue Landesregierung, einen Veränderungsbedarf sieht und dies so im Koalitionsvertrag niedergeschrieben hat – siehe S. 64: „Zu einer effizienten Polizei gehören leistungsfähige Strukturen. Wir werden die Polizei-Strukturen überprüfen mit dem Ziel, die Basisdienststellen zu stärken, Freiräume für operative Schwerpunkte zu gewinnen und insgesamt die Aufgabenwahrnehmung bei flachen Hierarchien noch erfolgreicher zu gestalten. An diesem ergebnisoffenen Prozess werden wir alle Betroffenen von Anfang an beteiligen.“
 - b. Weil uns der Innenminister schon in den ersten Gesprächen sagte, dass in der Polizei, insbesondere in der Polizeiführung, ein hoher Bedarf an Reformwillen zu erkennen sei. Diese dringend notwendigen Reformen seien bisher an den politischen Rahmenbedingungen gescheitert.



- c. Weil die Polizei zu den, ebenfalls im Koalitionsvertrag enthaltenen, angestrebten Strukturverbesserungen ihren Eigenanteil beitragen muss.
2. Die Organisationsänderung ist politisch gewollt, politisch umsetzbar (durch Kabinettsbeschluss) und, wenn die Regierung will, so jeder Beteiligung von Berufs- oder Personalvertretungen entzogen.
3. Da uns Innenminister Reinhold Gall zusicherte, dass
 - a. sich die Polizei selbst umorganisieren dürfe,
 - b. seine einzige Vorgabe sei, die Basisdienststellen zu stärken,
 - c. eine breite Akzeptanz Voraussetzung sei,
 gab es für die GdP keinen Grund, grundsätzlich dagegen zu sein. Ganz im Gegenteil, wir haben zugesagt, die Reformanstrengungen konstruktiv kritisch zu begleiten, weil wir eine Chance sahen und sehen, Verbesserungen für die Basis und die Fläche zu erreichen.
4. Die GdP hat ihre Rahmenbedingungen und Anforderungen an die Strukturreform von Anfang an definiert:
 - a. nur sinnvolle Veränderungen,
 - b. Optimierung der Personalressourcen,

- c. Sozialverträgliche Umsetzung,
- d. Personelle Stärkung der Basis,
- e. Bündelung von Kompetenz,
- f. Bindung der „Gewinnabschöpfung“.

5. Nun hat die Arbeitsgruppe, bestehend aus Polizeiexperten und -praktikern (keine Politiker oder Unternehmensberater), ihre Eckpunkte vorgestellt.

Der Entwurf

- schlägt einen fünfsäuligen Aufbau, vier Präsidien und LKA, vor, die als unverrückbare Eckpfeiler gesehen werden und direkt den IM unterstellt sind,
- enthält viele kleinteilige Vorschläge, die sicherlich noch diskutiert werden müssen und können,
- enthält lediglich ein paar wenige Hinweise zur sozialverträglichen Umsetzung, jedoch ohne weitere Konkretisierung,
- lässt ausdrücklich „Feinjustierungen“ zu.

6. Erst jetzt kommen die Berufsvertretungen (der Hauptpersonalrat war nicht beteiligt, sondern lediglich der Vorsitzende kraft Amt), alle möglichen Experten, die Politik und andere Verwaltungsbereiche mit ins Boot. Innenminister Gall hat ja zugesichert, alle Betroffenen von Anfang an zu beteiligen.

7. Die GdP hat nun wiederum die Möglichkeit
 - a. sich zu verweigern (was andere lange Zeit getan haben),
 - b. ihren, nach wie vor vorhandenen, politischen Einfluss zum Wohle der Kollegen/-innen einzusetzen,
 - c. in der laufenden Diskussion das Bestmögliche (Optimale) herauszuholen,
 - d. Dazu müssen
 - die Eckpfeiler und
 - die Sozialverträglichkeit klar definiert werden,

Fortsetzung auf Seite 2



Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse redaktion@gdp-bw.de zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei, Landesjournal, oder in der GdPdigi@l veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden.

In dringenden Fällen erreicht Ihr uns unter der **neuen GdP-Mobile-Nr.** 0 15 25-4 11 10 58.

Der Redaktionsschluss für die **April-Ausgabe 2012** des Landesjournal Baden-Württemberg ist **Freitag, der 9. März 2012**, und für die **Mai-Ausgabe 2012** **Mittwoch, der 4. April 2012**.

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden.

Zur einfacheren Bearbeitung bitten wir um Übersendung von unformatierten Texten ohne Fotos, diese bitte separat zusenden.

**Wolfgang Kircher und
Thomas Mohr**

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-bw.de
Internet: www.gdp-bw.de

Service GmbH BW:

Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-service.com

Redaktion:

Wolfgang Kircher (V.i.S.d.R.)
Schwalbenweg 23
71139 Ehningen
privat: (0 70 34) 76 83
Neu: GdP-Mobile: (0 15 25) 4 11 10 58
E-Mail: redaktion@gdp-bw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381

Fortsetzung von Seite 1

- die neue Struktur rasch festgelegt und bekanntgegeben und
- Chancen und Risiken abgewogen werden.

Dies kann aber nur eine starke GdP, eine starke Solidargemeinschaft. Heckenschützen, Besserwisseri und Schuldzuweisungen schwächen nur unsere Verhandlungsposition und damit die Chancen auf eine gute und akzeptable Lösung.

8. Für die GdP beginnt jetzt die eigentliche Arbeit. Am bisherigen Findungsprozess waren wir nicht beteiligt (im Gegensatz zu anderen). Wir haben von Anfang an konstruktive, kritische Begleitung zugesagt und sind nun selbst vom Ergebnis überrascht. Wir müssen jetzt das Ergebnis

- in unseren Gremien analysieren und diskutieren,
- unsere Expertengruppen einbinden,
- Arbeitsgruppen einberufen,
- Begriffe definieren und Grenzen abstecken.

➤ Was sind unverrückbare Eckpfeiler?

➤ Wo und wie weit kann nachjustiert werden?

➤ Was ist sozialvertraglich – für uns heißt das mindestens

– Altersprogramm,
– grundsätzlich wird niemand gegen seinen ausdrücklichen Willen versetzt,

– wenn, dann zumutbare und sozial abgestufte Um-/Versetzungen,
– Beteiligung der Personalvertretungen.

➤ Was ist Basis und Basisarbeit? Die kann sich nicht ausschließlich auf Streifen- und Revierdienst reduzieren. Nach unserem Verständnis gehört auch die alltägliche Ermittlungsarbeit z. B. bei der Kriminalpolizei und im Verkehrsbereich dazu, aber auch Kommunal-Prävention und Einstellungsberatung.

➤ Wie muss ein „Sockel“ vor Ort aussehen

➤ und, und, und ...

9. Wir erwarten von allen

- a. eine konstruktive Mitarbeit und
- b. dass sie ihre Befindlichkeiten klar und deutlich äußern.

Die GdP wird die Ängste der Kolleginnen und Kollegen ernst nehmen, sie aufgreifen und dorthin weiterleiten, wo sie Gehör finden und Abhilfe geschaffen werden kann. Dazu brauchen wir eure

Hilfe und nicht die von Menschen, die uns jahrelang kritisiert, geschnitten, ja sogar bekämpft haben und uns nun sagen wollen, was unsere Aufgabe ist. Das wissen wir schon selbst.

Wir werden, wie angekündigt, unsere Gremien in die Beratung mit einbeziehen. In den nächsten Tagen, am 7. und 8. 3. 2012, werden wir uns ausführlich auf dem „Kleinen Delegiertentag“ – dem Gewerkschaftsbeirat der GdP, mit den Risiken und Nebenwirkungen, aber auch den Chancen auseinandersetzen.

Unser Hauptaugenmerk liegt auf dem Wohl unserer Kolleginnen und Kollegen, also auf der sozialverträglichen Umsetzung – nur so wollen und können wir „Verlierer“ vermeiden. An „Türschild- und Briefkopfdiskussionen“ werden wir uns sicherlich nicht beteiligen.

Eines ist aber auch sicher

Wenn sich 2005 all die, die sich jetzt so lautstark zu Wort gemeldet haben, auch damals in den Medien geäußert hätten, wären keine 212 Polizeiposten geschlossen worden. Damals wurde wirklich Polizei aus der Fläche abgezogen und das aus rein wirtschaftlichen Gründen.

Wir werden weiterhin diese Strukturdiskussion in aller Ruhe begleiten, uns nicht von vermeintlicher Hektik anstecken lassen, aber die Sorgen und Nöte unserer Kolleginnen und Kollegen ernst nehmen. Purzelbaumpolitik und „Ich-weiß-alles-besser-Mentalität“ hilft keinem. Erst der „Schweinsgalopp“, dann „Wo die Chefs sitzen, ist dem Beamten egal“ und nun doch dagegen und vielleicht aber auch wieder ein bisschen dafür hilft wenig.

Wir wissen um unsere Chance, wir werden sie nutzen, um diese, unsere Polizei ein Stück weiterzubringen.

**Euer
Rüdiger Seidenspinner**



Polizei und Migration

Am 19. März findet unter diesem Motto die 28. Tagung für Verbrechensbekämpfung in der Stadthalle in Sindelfingen statt. Wie in den vergangenen Jahren ist die Veranstaltung als Fortbildungsveranstaltung vom Innenministerium anerkannt.

Programmablauf (vorläufig):

- Begrüßung
- Einführung in das Thema durch den GdP-Landesvorsitzenden Rüdiger Seidenspinner
- Referat zum Thema durch Ministerialdirektor Dr. Herbert Zinell

- Referat zum Thema von Dr. Marwan Abou Taam, Islam- und Politikwissenschaftler, LKA Rheinland-Pfalz
Anschließend Mittagspause
- Kurzreferat zum Thema von Bilkay Önay, Ministerin für Integration Baden-Württemberg
Anschließend Podiumsdiskussion mit Bilkay Önay, Dr. Marwan Abou Taam, Joachim Schneider, POR, Leiter des Polizeireviers Buchen und Interkultureller Trainer und Berater, NN, Kollege oder Kollegin mit Migrationshintergrund, Moderation Anton Jany, Journalist
- Zusammenfassung und Schlusswort von Rüdiger Seidenspinner



Gewerkschaft der Polizei 28. GdP-Tagung für Verbrechensbekämpfung



Foto: © TM (GdP-BW)

Polizei und Migration

19. März 2012, Beginn: 10.00 Uhr, Stadthalle Sindelfingen

Gewerkschaft der Polizei (GdP), Landesbezirk Baden-Württemberg (e.V.), Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon 0 70 42 - 879-0, Fax - 211, info@gdp-bw.de, www.gdp-bw.de

Seminarprogramm für 2012

Der GdP-Landesbezirk führt 2012 nachfolgende Seminare und Bildungsmaßnahmen durch. Alle unsere Seminare finden an der Außenstelle der Akademie der Polizei statt.

16. – 18. April: GdP-Frauenseminar unter dem Titel „Sicher auftreten, gekonnt kommunizieren, Konflikte reduzieren“. Veranstalter die Landesfrauengruppe.

23. – 24. April: GdP-Schulung für Vertrauensleute in den Kreisgruppen. Das Seminar gibt Einblicke in die aktuelle Gewerkschaftsarbeit und soll das Handwerkszeug für Vertrauensleute vermitteln.

17. – 19. Sept.: GdP-Tarifseminar für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

10. – 12. Okt.: GdP-Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ für alle, die schon im Ruhestand sind oder demnächst kommen. Veranstalter die Seniorengruppe. Die Mitnahme der Ehepartner oder Lebensgefährten ist möglich.

In Planung sind zwei eintägige Schulungen für die Seniorenvertreter in den Kreisgruppen in den Regierungsbezirken Tübingen im ersten Halbjahr 2012 und Stuttgart im 2. Halbjahr 2012. Veranstalter ist die Seniorengruppe. Außerdem werden nach Bekanntwerden weiterer Ergebnisse zur Polizeistrukturereform voraussichtlich im 2. Halbjahr weitere Veranstaltungen für Personalräte folgen.

Außer für die Seniorenveranstaltungen kann für alle Seminare Sonderurlaub nach der AZUVO beantragt werden. Die Seminarkosten werden von der GdP übernommen.

Anmeldungen sind ab sofort über die GdP-Geschäftsstelle bei Andrea Stotz, Tel. 0 70 42/87 90 oder andrea.stotz@gdp-bw.de, möglich. Dort erhaltet ihr auch weitere Infos.

Weitere Seminare werden von der GdP Bund und der Jungen Gruppe Bund durchgeführt. Informationen darüber findet ihr im Internet oder in der Deutschen Polizei.



Quo vadis Landespersonalvertretungsgesetz?

„Wohin gehst du Landespersonalvertretungsgesetz“? Unter diesem Motto hatte die Gewerkschaft der Polizei im März Personalräte aus dem ganzen Land nach Stuttgart eingeladen.

Nachdem im Koalitionsvertrag der Landesregierung

„Wir treten ein für soziale Mindeststandards, faire Löhne, den umfassenden Schutz vor Diskriminierung, einen guten Gesundheits- und Arbeitsschutz sowie Mitbestimmung und Teilhabe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.“



Rüdiger Seidenspinner bei seinen Ausführungen.

steht, wollte die Landesregierung schnell die Ende letzten Jahres in Kraft getretenen Änderungen und Verschlechterungen im Landespersonalvertretungsgesetz rückgängig machen.

Erst der Einwand, dass Baden-Württemberg bereits vor der Änderung im letzten Jahr das schlechteste Landespersonalvertretungsgesetz und somit die schlechteste Mitbestimmung im öffentlichen Dienst bundesweit hatte, führte zu Überlegungen, das LPVG doch den aktuellen Gegebenheiten anzupassen und es grundlegend zu modernisieren.

Markus Kling, zuständiger DGB-Sekretär für den öffentlichen Dienst, erläuterte zunächst die Entstehung der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst. Eine Mitbestimmung im öffentlichen Dienst und vor allem im Beamtenbereich war in der Vergangenheit nicht selbstverständlich und hinkte den Entwicklungen in der sogenannten freien Wirtschaft weit hinterher. So war in der jüngsten Vergangenheit „Befehl und Gehorsam“ selbstverständlicher als etwa Mitbestimmen und Mitgestalten.

Josef Schneider, Ehrenvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei und Autor einer Kommentierung zum Landespersonalvertretungsgesetz, zeigte unter anderem die Unterschiede unseres Landes-

personalvertretungsgesetzes zum Bund oder zu Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen auf. Gemeinsam wurden verschiedene Wünsche und Forderungen erarbeitet, wie ein modernes Landespersonalvertretungsgesetz in Baden-Württemberg aussehen könnte. So waren sich die Teilnehmer einig, dass das Mitgestalten und die Mitbestimmung eine wichtige Voraussetzung sind. Der Personalrat soll nicht nur in wenigen Fällen, sondern grundsätzlich ein Initiativrecht bei allen Mitbestimmungstatbeständen haben.

Die Anwesenden waren sich auch einig, dass es ein Sonderkündigungsrecht des Dienststellenleiters bei Dienstvereinbarungen nicht geben darf. Wenn Dienststelle und Personalrat eine Dienstvereinbarung (einen Vertrag zwischen der Dienststelle und dem Personalrat) abschließen, so kann es nicht sein, dass die Dienststelle einseitig eine Dienstvereinbarung kündigen darf, weil sie z. B. momentan nicht mehr ins Konzept passt. Wenn, dann gleiches Recht auch für den Personalrat. In einem neuen Landespersonalvertretungsgesetz sollte der Personalrat nicht nur bei der Aufstellung eines Urlaubsplans, sondern auch bei der Verhängung einer Urlaubssperre mitbestimmen können. Auch bei der Personalplanung, bei Stellenausschreibungen und Stellenbesetzungen sollten die Rechte des Personalrats gestärkt werden. Die anwesenden Kolleginnen und Kolle-

gen sprachen sich außerdem für eine verstärkte Einbindung der Ersatzmitglieder in die Personalratsarbeit und -information aus.

Richtungsweisend und sicher auch unter dem Einfluss der bevorstehenden Strukturreform forderten die anwesenden Personalräte außerdem die Möglichkeit, dass die Beschäftigten in geheimer Abstimmung beschließen können, dass Außenstellen, Nebenstellen und Teile einer Dienststelle, die räumlich weit von dieser entfernt liegen, als selbständige Dienststellen gelten und somit nach dem LPVG ein Personalrat gegründet werden kann. Von dieser Regelung war die Polizei bisher ausgenommen.

In seinem Schlusswort ging Rüdiger Seidenspinner selbstverständlich auf die Polizeistruktur und das Eckpunktepapier ein und erläuterte den Anwesenden die Auffassung der Gewerkschaft der Polizei: „So manches, was ihr in dem Eckpunktepapier findet, stand schon, vielleicht auch nur unter einem anderen Namen in unserem Strategiepapier mit dem Titel – Für die Zukunft aufgestellt –“.

Rüdiger Seidenspinner erläuterte weiter in etwa den Ablaufplan der bevorstehenden Struktur und dass mit einer Umsetzung wahrscheinlich frühestens Ende 2013, Anfang 2014 zu rechnen sei. Am 7. und 8. März wird sich der Beirat der Gewerkschaft der Polizei, das höchste Beschlussgremium, zwischen den alle



Aufmerksame Zuhörer, die Teilnehmer der Personalräteschulung.

fünf Jahre stattfindenden Delegiertentagen treffen und die weitere Verfahrensweise absprechen und festlegen.

Sobald es weitere konkrete Ergebnisse, z. B. über die zukünftigen Polizeipräsidien, gibt, werden auch weitere Veranstaltungen für Personalräte angeboten.



Seniorenstamm- tisch der GdP- Kreisgruppe Heilbronn

Der nächste GdP-Seniorenstammtisch findet am Montag, dem 19. März 2012, um 14.30 Uhr in der Kantine Finanzamt/Polizeidirektion Heilbronn statt.

Koll. Jürgen Braun, Signal Iduna, wird uns aktuelle Informationen zur Pflegeversicherung übermitteln. Dazu gehören auch Infos zu den in den einzelnen Pflegestufen vorhandenen Finanzierungslücken und der Möglichkeit, diese abzumildern.

EW

Senioren- stammtisch der Kreisgruppe Stuttgart PP

Der GdP-Seniorenstammtisch der KG PP Stuttgart trifft sich am

Donnerstag, 29. 3. 2012, 14.00 Uhr, bei der Polizeireiterstaffel in 70760 Ostfildern, Neumühle 3, Telefon 07 11/ 4 58 91-0.

Ich bitte um eine telefonische Anmeldung auf 07 11/89 90-37 47. Erforderlichenfalls können Fahrgemeinschaften organisiert werden.

W.B.

Die GdP gratuliert herzlich

zur **BEFÖRDERUNG** zum/zur:
Kriminalhauptkommissar A 12

Mosbach: Stefan Scherzer.

Kriminalhauptkommissar

Stuttgart RP: Achim Schulze.

Polizeihauptkommissar/-in

Bepo-Bruchsal: Bernhard Schneid.

Freiburg PD: Anja Hoffmann.

Polizeioberkommissarin

Ludwigsburg: Claudia Bock.

Polizeikommissar

Bodenseekreis: Klaus Georg Becker.

Polizeihauptmeister/-in

Freiburg PD: Alexandra Frey. Reutlingen: Daniel Rein.

Polizeiobermeister

Bodenseekreis: Martina Kordic. Mosbach: Nikolai Mamasuew.

Es traten in den RUHESTAND:

Alb-Donau/Ulm: Hans Koch. Bodenseekreis: Reinhold Neuschel. Esslingen: Armin Eisenmann. Freiburg PD:

Walter Wußler. Heidenheim: Armin

Hechler. Main-Tauber-Kreis: Manfred Klein. Mosbach: Roger Dell.

Ostalbkreis: Andreas Lorenz. Stuttgart PP: Jürgen Raiser. Villingen-

Schwenningen: Werner Gleichauf. Zollernalbkreis: Heinz Jenter.

(zusammengestellt v. Angelika Burck-

hardt)

Anzeige

Werden Sie Mitglied beim

»Deutschen Roten Kreuz«

Durch eine Teilnahme an einem »Erste Hilfe Kurs« können

Sie gerade bei Autounfällen durch schnelle

Hilfe vor Ort Menschenleben retten!

Spenden Sie Blut - um anderen zu helfen - damit Ihnen

auch geholfen werden kann! Gerade diese Blutspenden haben

schon vielen verunglückten Autofahrern geholfen.

Dieser Eindruck wurde ermöglicht durch

Labor Dr. Gärtner

Elisabethenstraße 11, 88212 Ravensburg, Tel. 07 51 / 5 02-0



Es ist wieder soweit!
Auf geht's zur



19. GdP Kinder- u. Jugendfreizeit GdP - JUNGE GRUPPE -

Landesbezirk Baden-Württemberg e.V.



Wann: In der ersten Woche der Sommerferien
vom Sa. 28.07. – 04.08.2012

Wo: Zeltlager in Markelfingen (am Bodensee)

Für wen: Kinder zwischen 7 und 14 Jahren

Preis: Mitglieder 160 € / Nichtmitglieder 210 €

Im Preis enthalten:

1 Woche Vollpension mit Programm, Ausflüge, 1 T-Shirt,
1 Bilder- CD (wird nach der Freizeit den Kindern geschickt) und vieles mehr!

Anmeldeunterlagen anfordern über die
GdP-Service GmbH BW - Tel. 07042 / 879-0 oder info@gdp-bw.de

Informationen zur Jugendfreizeit: Melanie.Nehls@polizei.bwl.de oder 015256139759
Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen



„Besucht euren MdL@HOME“

Wir ihr euch sicher noch erinnern könnt, hat die Landesregierung im Oktober Eckpunkte zum Haushalt beschlossen und lies per Pressemeldung bekanntgeben.

(auszugsweise)

„Für 2012 strebt die Landesregierung das Ziel der Nullverschuldung an (...) Die erwarteten Steuermehreinnahmen von rund zwei Milliarden reichen nicht aus, die sogenannte Deckungslücke zu schließen.“ Darum sind rund 380 Millionen Euro durch Einsparungen zu erbringen (...) Sparen geht uns alle an (...) Um die Deckungslücke zu schließen, ist auch ein Einsparbeitrag bei den Personalausgaben notwendig. Diese sollen im Dialog mit den Vertretern des öffentlichen Dienstes besprochen werden (...)

Im November hat die Landesregierung dann mit einem Gesetzesentwurf die Katze aus dem Sack gelassen.

– Beamtinnen und Beamte erhalten eine Einmalzahlung für 2011. Diese wird mit der bereits im April 2011 erhaltenen Besoldungserhöhung – sozial gestaffelt – verrechnet (die Einmalzahlung wurde

bereits im August 2011 vorbehaltlich des Gesetzesbeschlusses ausbezahlt)

– Beamte bis A 10 erst zum 1. März (zwei Monate später)

– Beamte ab A 11 erhalten die Besoldungserhöhung erst ab 1. August (sieben Monate später)

– Außerdem sollte die Kostendämpfungspauschale in der Beihilfe erhöht werden.

Rüdiger Seidenspinner erinnerte am Festabend des im November stattgefundenen Landesdelegiertentages nochmals eindeutig an die Wahlprüfsteine der GdP.

Auf die Frage – Welche Einschränkungen planen Sie in puncto Beihilfe/Heilfürsorge? – antworteten die Grünen:

Die Polizei darf nicht immer nur Melkkuh für Einsparziele der Landesregierung sein. Deswegen stellen wir uns gegen Einschränkungen bei der Beihilfe/Heilfürsorge.

Die SPD hat Folgendes geantwortet:

Im Bereich der Beihilfe bzw. Heilfürsorge beabsichtigen wir keine Einschränkungen.

Dazu Seidenspinner weiter „Wer vor der Wahl verspricht und nach der Wahl anders handelt oder sein Versprechen nicht hält, kann nicht unbedingt Wahrheit und die Redlichkeit für sich in Anspruch nehmen. Wenn es das Besoldungsanpassungsgesetz 2012 nicht gegeben hätte, könnten wir nicht einmal wasagen, aber erst hüh und dann hott, das passt nicht, und er habe noch nie erlebt, dass eine neugewählte Landesregierung bei denen, die sie nachweislich mitgewählt haben, so schnell ihre Sympathien verspielt hat.“

Der DGB hat deshalb eine Aktion beschlossen, bei der die Landtagsabgeordneten der Regierungskoalition vor Ort gesucht und an ihre Wahlversprechen erinnert werden sollten. Im ganzen Land bekamen die Abgeordneten Besuch von ihren Gewerkschaftsvertretern von Verdi, GEW und GdP und BAU. Allein in der DGB-Region Nordwürttemberg fanden 16 MdL-Gespräche statt. Stellvertretend für alle berichten wir von zwei Aktionen im Landkreis Böblingen und im Landkreis Rems-Murr.

MdL@HOME-Aktion in Böblingen

Auch der in dieser Legislaturperiode neu in den Landtag gewählte SPD-Landtagsabgeordnete Florian Wahl, Sprecher für Jugendpolitik, Gesundheits- und Suchtpolitik und für den Verfassungsschutz, bekam am 7. Januar Besuch von einer Abordnung der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Für die GEW waren Walli Gollwitzer und Gerhard Winter gekommen, die GdP wurde von der stellvertretenden Kreisvorsitzenden Kerstin Tzortzakis und Wolfgang Kircher vertreten. Das ganze wurde von Bernhard Löffler, dem DGB-Regionalvorsitzenden Nordwürttemberg, und Jörg Munder, DGB-Regionssekretär, unterstützt.

Wolfgang Kircher führte aus, dass die Regierungskoalition, obwohl sie vor der Wahl versprochen hatte, die Beihilfe nicht anzurühren dann bereits kurz nach der Wahl ohne Not den Beamtinnen und Beamten in die Tasche greift und das im Wissen, dass es bei der Polizei auch viele Kolleginnen und Kollegen gibt, die nicht in den Besoldungsgruppen ab A 11 sind. Von der ebenfalls mit dem Besoldungs-

strukturanpassungsgesetz 2012 beschlossenen und dann doch verschobenen Anpassung an das Tarifergebnis ganz zu schweigen. Besonders schlimm sei gewesen, dass die Kolleginnen und Kollegen die beabsichtigten Einschränkungen zuerst aus der Zeitung lesen mussten, bevor, wie ebenfalls angekündigt, darüber zuvor mit den Gewerkschaften verhandelt wurde. Außerdem sei er sehr enttäuscht, dass sie die neue Landesregierung, wie die alte in der Vergangenheit eben bei den Beamten bedienen würde, wenn etwas einzusparen sei.

Walli Gollwitzer von der GEW gab bei den Einschränkungen zu bedenken, dass es bei den Lehrern viele Kolleginnen und



Auch Florian Wahl (SPD) erhält eine symbolische Melkkuh. V. l. n. r. Florian Wahl, Wolfgang Kircher, GdP-Kreisvorsitzender und Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands, Bernhard Löffler, DGB-Regionsvorsitzender Nordwürttemberg, und Gerhard Winter, GEW

Kollegen gibt, die teilzeitbeschäftigt oder alleinerziehend sind, die die Einschränkungen sehr wohl auch spüren würden.

Am gleichen Tag fand auch im Abgeordnetenhaus in Stuttgart ein weiteres Gespräch mit dem für den Wahlkreis Leonberg/Herrenberg für die Grünen in den Landtag gewählten Dr. Bernd Murschel statt.



MdL@HOME-Aktion im Rems-Murr-Kreis

Melkkuh zurückgegeben!

Mit einem Präsent der besonderen Art fanden sich die Tage Vertreter der im DGB organisierten „Beamten-Gewerkschaften“ (GdP, GEW, ver.di) bei verschiedenen Landtagsabgeordneten der Regierungsfraktionen ein. Den Abgeordneten wurde die symbolische Melkkuh zurückgegeben, die wir als Beamte nicht sein wollen und auch nicht sind.

Der erste Termin, der die insgesamt sieben Besucher, davon drei aus dem Vorstand der Kreisgruppe der GdP, zu Katrin Altpeter, Sozialministerin im Kabinett Kretschmann und SPD-Abgeordnete des Wahlkreises Waiblingen, führte, fand am Morgen des 23. 1. 2012 in deren Büro in der Heinrich-Küderli-Straße in Waiblingen statt.

Nach freundlicher Begrüßung durch die Ministerin wurden ihr die inzwischen wohlbekannten Vorbehalte seitens der Beamtenschaft zu den Sparplänen dargelegt. Hierbei wurde insbesondere deutlich gemacht, dass es in unserer Kritik nicht nur um die einzelnen Punkte der geplanten Einkommens Kürzungen geht, sondern auch die Art und Weise, wie diese, entgegen eindeutig anders lautenden Aussagen vor der Wahl, durchgedrückt werden. Frau Altpeter äußerte zwar einerseits Verständnis für die vorgetragene Kritik, machte aber auch klar, dass die Einsparungen zur Haushaltskonsolidierung unumgänglich wären. In der sich anschließenden Diskussion machten insbesondere die Vertreter der GdP klar, dass die Beamtenschaft im Lande in den letzten zwei Jahrzehnten so oft zur Ader gelassen wurde, weshalb spätestens jetzt der Punkt erreicht sei, wo jedes Verständnis für weitere Einschnitte nicht mehr zu erwarten sei. Hier hilft auch in Zeiten von (zumindest statistisch) nahezu Vollbeschäftigung der Hinweis auf den sicheren Arbeitsplatz nicht mehr weiter.

Mit der Zusage der Ministerin, unsere Anliegen in den entsprechenden Gremien zur Sprache zu bringen, endete dieser Termin leider viel zu schnell nach einer guten halben Stunde mit der Rückgabe der Melkkuh und einem entsprechenden „Beweisfoto“.

Am Mittwoch, dem 25. 1. 2012, fanden sich schließlich sieben Gewerkschafter (hiervon alleine vier aus dem Kreisvorstand der GdP!) im Büro des Grünen-

Abgeordneten Willi Halder in der Mayenner Straße in Waiblingen ein. Ebenfalls zugegen war die bei den Grünen und im Innenausschuss für Polizeifragen zuständige Landtagsabgeordnete Petra Häffner. In dem über einstündigen Gespräch fand insbesondere zwischen den GdP-Vertretern und Frau Häffner ein reger Meinungsaustausch statt.

Auch in diesem Gespräch wurden die unterschiedlichen Standpunkte von Gewerkschaft und Politik deutlich. Durch Frau Häffner wurde insbesondere betont, dass auch die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst ihren Beitrag zur Sanierung ihres „Unternehmens“ in „schlechten“ Zeiten leisten müssten, wie dies weiland viele Beschäftigte in der „freien Wirtschaft“ tun mussten, um ihre Unternehmen und damit ihre Arbeitsplätze zu erhalten. Auch hier wurde klar, dass der vielzitierte „sichere“ Arbeitsplatz als Rechtfertigung für Einschnitte aller Art herzuhalten hat. Durch die Vertreter der Gewerkschaften wurde jedoch klargestellt, dass das Argument des „sicheren“ Arbeitsplatzes bei der Polizei reiner Zynismus ist und die Beschäftigten der „freien Wirtschaft“ ihre damaligen Einbußen inzwischen deutlich wieder gutgemacht haben, was u. a. durch die Aufzeichnungen des statistischen Landesamtes über die Gehaltsentwicklungen der letzten 35 Jahre eindeutig belegt werden kann. Ganz im Gegensatz zum öffentlichen Dienst. Was dort einmal weggenommen wurde, kam nie mehr zurück – so gut konnten die Zeiten wohl niemals werden!

Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass auch hier letztendlich ein gewisses Verständnis für unseren Protest bei unseren Gesprächspartnern erkennbar war und einige der von Gewerkschaftsseite vorgebrachten Aspekte und Argumente hängengeblieben sein dürften. Auch hier endete der Termin mit einem gemeinsamen Foto bei der Übergabe der Melkkuh, verbunden mit der Zusage der beiden Abge-



Der GdP-Kreisvorsitzende Uwe Bieler überreicht der SPD-Landtagsabgeordneten für den Wahlkreis Waiblingen und Sozialministerin des Landes Baden-Württemberg, Katrin Altpeter, die symbolische Melkkuh.

ordneten, unsere Standpunkte bei entsprechenden politischen Gesprächen darstellen zu wollen.

Insgesamt hatten wir vom Kreisvorstand den Eindruck, dass bei allen unseren Gesprächspartnern mancher Umstand und manche Ursache für unseren Protest nicht so wirklich klar war und unsere Gespräche hier durchaus zum Nachdenken geführt haben. Inwieweit dieses sich jedoch in konkretem politischem Handeln, sprich Änderung der geplanten Einschnitte, bemerkbar macht, bleibt abzuwarten.

Ein kurioses Detail der Besuche sei am Schluss noch erwähnt. Bei unserem Gespräch mit Frau Altpeter gab diese zu verstehen, dass die SPD hinsichtlich der Frage der sofortigen Null-Neuverschuldung im Haushalt flexibel sei und dieser Punkt, anders als beim grünen Koalitionspartner, der dies als unumstößlich betrachtet, durchaus verhandelbar sei. Demgegenüber meinten unsere grünen Gesprächspartner, dass die Null-Neuverschuldung bereits zum jetzigen Zeitpunkt mit den Grünen verhandelbar sei, die SPD jedoch hiervon um kein Jota abweichen will.

Es bleibt nun dem geneigten Leser überlassen, sich hierzu seine eigenen Gedanken zu machen. An dieser Stelle sei nur das Motto des Hosenbandordens zitiert: „Honi soit qui mal y pense!“ – Ein Schelm, der Böses dabei denkt!

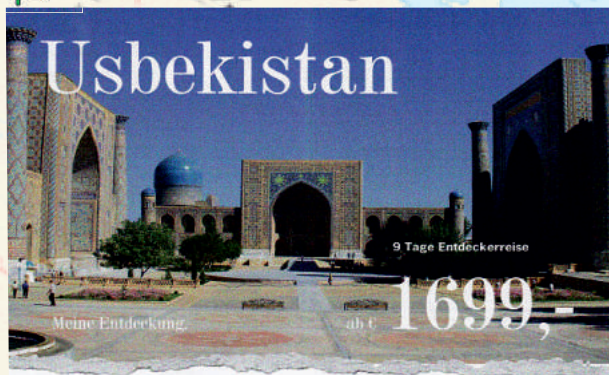
Wir bleiben für euch am Ball!

Uwe Bieler
Kreisgruppe Rems-Murr



GdP-Seniorenreise 2012

Usbekistan: Ein Land wie Samt und Seide



Reiseverlauf:

- | | |
|-------------------------------------|---------------------------------------|
| 1. Tag, Mi: Flug nach Usbekistan | 5. Tag, So: Entdeckertag |
| 2. Tag, Do: Willkommen in Taschkent | 6. Tag, Mo: Die Karawane zieht weiter |
| 3. Tag, Fr: Szenenwechsel | 7. Tag, Di: Bilderbuchoase Buchara |
| 4. Tag, Sa: Faszination Samarkand | 8. Tag, Mi: Zurück in die Hauptstadt |
| | 9. Tag, Do: Rückflug |

Im Reisepreis enthalten

- Linienflug mit Turkish Airlines nach Taschkent und zurück in der Touristenklasse
- Bahnfahrt in Usbekistan von Buchara nach Taschkent in der 1. Klasse
- 8 Übernachtungen in guten landestypischen Mittelklassehotels
- Unterbringung in Doppelzimmern mit Bad oder Dusche und WC
- Halbpension (7 x Frühstücksbuffet und 7 x Abendessen)
- Transfers, Stadtrundfahrten und Rundreise in landesüblichen, klimatisierten Reisebussen
- Deutsch sprechende Marco Polo-Reiseleitung in Usbekistan

- Reiseunterlagen mit einem Reiseleiter pro Buchung
- Versicherungsschein
- NEU: Klimaneutrale Bus- und Bahnfahrten durch CO2-Kompensation

zusätzlich buchbare Extras

- Ausflug 'Orient mit allen Sinnen' 20 €
- Visagebühren und -beantragung 99 €

Preis pro Person ab €
9 Reisetage
DZ EZ-Zuschlag
1699,- 200,-

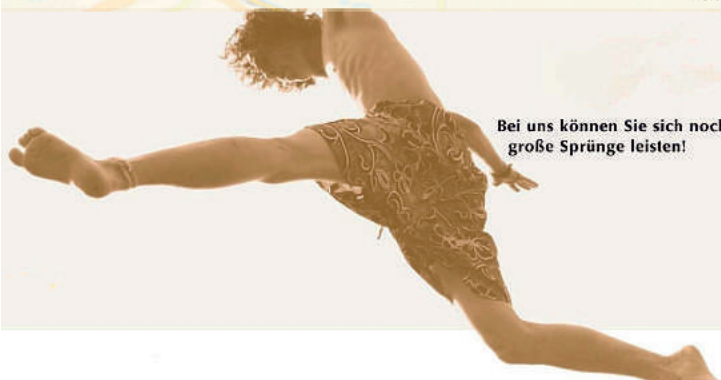
Termin
04.07.12 - 12.07.12

Mindestteilnehmerzahl: 17 Pers.
Höchstteilnehmerzahl: 25 Pers.
Anmeldeschluss: **04.05.2012**

Weitere Infos bei

und außerdem inklusive

- Rail&Fly inclusive* zum/vom deutschen Abflugort in der 2. Klasse von jedem Bahnhof in Deutschland
- Weinprobe in einer Kellerei
- Keramikkurs in Samarkand mit Kachel-souvenir
- Eintrittsgelder (32 €)
- Flughafensteuern, Lande- und Sicherheitsgebühren (267 €)



Bei uns können Sie sich noch große Sprünge leisten!



PSW-Reisen
DIE WELT EROBERN

Maybachstr. 2
71735 Eberdingen-Hochdorf



www.psw-reisen.de
karin.burger@psw-gbr.de



Baden-Württemberg JETZT
besser mobil erleben!

Keine Grundgebühr!
keine Mindestvertragslaufzeit

Partnerkarten für die ganze Familie

Mobil telefonieren zum Nulltarif:

- ins deutsche Festnetz
- im GdP-mobile Netz



JETZT UMSTEIGEN:
www.gdp-haus.de

